

PRESSEMITTEILUNG

- Mit der Bitte um Veröffentlichung -

Wiesbaden, 16. Januar 2023

Anträge zum Doppelhaushalt

Für besseren Schutz von Mensch und Klima, sozialen Ausgleich und massive Investitionen in die Zukunft

Anlässlich der Haushaltsberatungen legt DIE LINKE zur Dritten Lesung 125 Änderungsanträge vor. Dazu erklären Elisabeth Kula und Jan Schalauske, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Hessischen Landtag:

„Die Schwerpunkte unserer Änderungsvorschläge lassen sich unter den Stichworten ‚Schutz von Mensch und Klima, ein sozialer Ausgleich in der Krise, die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und massive Investitionen in die Zukunft‘ zusammenfassen.

Die Verwerfungen der Weltwirtschaft, insbesondere auf den Energie- und Rohstoffmärkten, die Folgen des völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Ukraine sind, wirken sich auch in Hessen aus: Zum einen bei vielen Menschen, die sich darum sorgen, ob sie ihre Strom- und Heizungskosten noch tragen können oder ob die Inflation sie bald arm macht. Zum anderen aber auch im Landeshaushalt. Selbst die Landesregierung geht mittlerweile davon aus, dass die Wirtschaftslage eine erhebliche konjunkturelle Neuverschuldung unter den Bedingungen der Schuldenbremse zulässt.“

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag gehe davon aus, dass die Wirtschafts-, Inflations- und Energiepreiskrise für sich genommen schon eine Ausnahme von der Schuldenbremse rechtfertige. Hinzu komme, dass die Begrenzung der Klimakatastrophe erhebliche Ausgaben auch des Landes erfordere. Diese stellten eine weitere Notsituation dar, die ein Aussetzen der Schuldenbremse rechtfertigen.

„Um die Klimakrise zu begrenzen und die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu beenden, schlägt DIE LINKE daher konkrete Maßnahmen vor, die auch aus Krediten finanziert werden dürfen. Ein entsprechender Antrag wird dem Landtag vorgelegt.

Insgesamt ergeben sich aus den Haushaltsanträgen zusätzliche Finanzierungsbedarfe.

	2023	2024
Mehreinnahmen	2.169.403,5	2.169.441,0
Mindereinnahmen	- 403,5	- 441,0
Mehrausgaben	-	-
Minderausgaben	2.897.727,0	2.896.729,9
Minderausgaben	80.260,3	82.872,5
Ergebnis	-648.466,7	-644.857,4

Zu finanzieren sind diese durch eine erhöhte Netto-Kreditaufnahme. Im Jahr 2023 wird trotz bestehender Notlage die Grenze der konjunkturell zulässigen Netto-Kreditaufnahme eingehalten. Im Jahr 2024 wird es notwendig, die Notfallkredite in Anspruch zu nehmen.

	2023	2024
Netto-Kreditaufnahme insgesamt	-839.366,7	- 694.857,4
konjunkturell zulässige Netto-Kreditaufnahme	940.700,0	69.500,0
Erwerb von Beteiligungen (NH)	200.000,0	
zulässige NKA gesamt	1.140.700,0	69.500,0
Überschreitung (-)/ Unterschreitung (+) zulässige NKA	301.333,3	- 625.357,4

Im Einzelnen können aus den Krediten folgende Maßnahmen finanziert werden (Beträge jeweils in tausend Euro):

	2023	2024
Summe	-	-
	909.200,0	959.200,0
Fahrpreissenkungen, insbesondere 9-Euro-Sozialticket inkl. Schülerticket für alle, Angebotsverbesserungen fahrende Busse und Bahnen	-	-
	350.000,0	350.000,0
Gesundheitseinrichtungen klimafest machen	-	-
	160.000,0	160.000,0
sozialer Energiebonus	-	-
	100.000,0	100.000,0
ÖPNV Infrastrukturförderung	-	-
	100.000,0	150.000,0
Härtefallfonds Energieschulden	-	-
	100.000,0	100.000,0
Sofortförderhilfe Kunst- und Kulturschaffende	-50.000,0	-50.000,0
Anpassung der Städte an die Folgen des Klimawandels	-30.000,0	-30.000,0
Notfonds Soziales Netz	-15.000,0	-15.000,0

Realisierung von Energieeinsparmaßnahmen beim vereinseigenen Sportstättenbau	-4.200,0	-4.200,0
--	----------	----------

Jan Schalauske: „Angesichts hoher globaler Minderausgaben von 450 Millionen Euro pro Jahr im Haushalt der Landesregierung ist es sinnvoll, jetzt eine Notlage festzustellen. Die Landesregierung weiß offensichtlich selbst nicht, wie sie die Krise ohne massive Einsparungen im Haushaltsvollzug stemmen soll. Es ist allerdings klar, dass die Schuldenbremse im Jahr 2024 einen Sparhammer bedeuten könnte. Das wollen wir unbedingt verhindern.“

Sozialer Ausgleich in der Krise

Die aktuelle Krise erfordert einen sozialen Ausgleich. Die Maßnahmen, die die Bundes- und Landesregierung bisher auf den Weg gebracht haben, reichen nicht aus, um die teils drastischen Kaufkraftverluste durch die Inflation auch nur annähernd auszugleichen. Gleichzeitig drohen auch in diesem Jahr erhebliche Reallohnverluste gerade Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen massiv zu belasten. Die Ungleichheit droht weiter deutlich zuzunehmen.“

Daher schlage DIE LINKE Maßnahmen von insgesamt über 1,7 Milliarden Euro für weitere Entlastungen vor. Darunter vor allem Entlastungen bei Fahrpreisen im ÖPNV, dem Ausbau der kostenfreien Kinderbetreuung und allein jeweils 100 Millionen Euro pro Jahr für einen sozialen Energiebonus sowie einen Härtefallfonds für Menschen, die von Energieschulden erdrückt zu werden drohen, so Elisabeth Kula.

	2023	2024
SUMME	851.520,0	893.620,0
Fahrpreissenkungen, insbesondere 9-Euro-Sozialticket inkl. Schülerticket für alle, Angebotsverbesserungen fahrende Busse und Bahnen	350.000,0	350.000,0
Gebührenfreiheit frühkindlicher Bildung weiter ausbauen	150.000,0	150.000,0
sozialer Energiebonus	100.000,0	100.000,0
Härtefallfonds Energieschulden	100.000,0	100.000,0
Sofortförderhilfe Kunst- und Kulturschaffende	50.000,0	50.000,0
sozialer Wohnungsbau	35.000,0	70.000,0
Förderung von in Not geratener Studierender	25.000,0	25.000,0
Notfonds Soziales Netz	15.000,0	15.000,0
Programme zur Erstausbildung	11.000,0	16.000,0
Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung gewährleisten	6.550,0	6.550,0
Landesprogramm Wohnraumhilfen	4.000,0	4.000,0
studentisches Wohnen	2.100,0	4.200,0
Überbetriebliche Ausbildungsstätten	1.000,0	1.000,0
Unabhängige Erwerbslosenberatung	800,0	800,0

Verhütungsmittel und Hygieneprodukte für Frauen* mit geringem Einkommen flächendeckend zur Verfügung stellen	670,0	670,0
Sonderförderung Mietervereine	400,0	400,0

Schutz von Mensch und Klima

„Ein weiterer Schwerpunkt der Haushaltsanträge seien Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Klima. Gerade in der aktuellen Krise sei es notwendig, alles zu tun, um das weitere Voranschreiten der Klimakatastrophe zu begrenzen, aber gleichzeitig auch den Menschen gerecht zu werden, die darauf angewiesen sind, dass der Staat funktioniert.“

Der Schutz des Klimas ist vor allem ein Schutz der Natur und der Menschen, die mit und in ihr leben. In kaum einem anderen Bereich wie dem Gesundheitswesen ist in den letzten Jahren aber deutlich geworden, dass erheblicher Nachholbedarf beim Schutz der Menschen besteht. Auch und gerade dort ist das Land gefordert, den dramatischen Investitionsbedarf für die Reduzierung des Energiebedarfs und den Einsatz erneuerbarer Energien zu unterstützen. Dafür wollen wir Gesundheitseinrichtungen in Hessen in den nächsten drei Jahren jeweils 160 Millionen Euro bereitstellen.

	2023	2024
SUMME	291.335,0	306.335,0
Gesundheitseinrichtungen klimafest machen	160.000,0	160.000,0
Anpassung der Städte an die Folgen des Klimawandels	30.000,0	30.000,0
ökologischer Hochwasserschutz	20.000,0	20.000,0
Allmendeland - Bodenfonds für Ackerböden	18.000,0	18.000,0
Förderung Brauchwasseranlagen	15.000,0	25.000,0
Hochwasserschutz	15.000,0	20.000,0
Förderung ökologischer, nachhaltiger landwirtschaftlicher Betriebe	8.000,0	8.000,0
Landesprogramm zur Modernisierung der Klärwerke	7.000,0	7.000,0
Stoffliches Holzrecycling	6.000,0	6.000,0
Reparaturbonus für Haushaltsgeräte	5.000,0	5.000,0
Renaturierung von Fließgewässern (bauliche Maßnahmen)	3.000,0	3.000,0
Klimaschutzbeauftragte	1.500,0	1.500,0
Natura 2000	1.235,0	1.235,0
Stellen für die Umweltbehörden in den Regierungspräsidien	1.100,0	1.100,0
WRRL	500,0	500,0

Stärkung des öffentlichen Sektors

Die Öffentliche Hand leidet gegenwärtig gleichzeitig unter einem zunehmenden Mangel an Personal und unter einem enormen Investitionsstau. Beiden will DIE LINKE mit ihren Anträgen begegnen.

Deshalb schlagen wir vor, in vielen Bereichen die Investitionen deutlich zu erhöhen und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu verbessern. Sei es beispielsweise durch die Reduzierung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte auf 40 Stunden oder durch gezielte Rückgewinnungsprogramme in Pflegeberufen.“

	2023	2024
SUMME	839.456,6	906.956,6
Stärkung kommunaler Investitionen	200.000,0	200.000,0
Krankenhausinvestitionen erhöhen	150.000,0	150.000,0
40 Stunden Woche für Beamtinnen und Beamte	150.000,0	150.000,0
A13 Grundschullehrkräfte	75.000,0	75.000,0
Reduzierung der Pflichtstunden	60.000,0	60.000,0
UKGM Rücklage	50.000,0	50.000,0
Förderung der mittelbaren pädagogischen Arbeit	50.000,0	100.000,0
Mehr Fachkräfte für die frühkindliche Bildung, Rechtsanspruch Ganztage	40.000,0	50.000,0
Krankenhausinvestitionen erhöhen ohne Kommunen weiter zu belasten	26.596,6	34.096,6
Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Gerichten	20.000,0	20.000,0
Sektorenfreie Versorgung ausbauen - Gesundheitsplanung umsetzen - Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum stabilisieren	10.000,0	10.000,0
Rückkehrerinnen und Rückkehrer in den Pflegeberuf gewinnen	7.500,0	7.500,0
Kompetenzzentrum Rekommunalisierung	360,0	360,0

Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau

Insgesamt ergebe sich daraus auch ein massives Investitionsprogramm. Beispielhaft sei hierfür das Programm ‚reparierte Schule‘, so Schalauske.

„Während die Landesregierung es nicht schafft, den Bedarf für die im Koalitionsvertrag zugesagte Schulgebäudesanierung zu erheben, haben wir einen konkreten Gesetzentwurf vorgelegt, um Schulen in Hessen zu sanieren und die Kommunen dabei zu unterstützen. Allein damit würden wir in den kommenden Jahren Investitionen von 4 Milliarden Euro mobilisieren.

Insgesamt schlägt DIE LINKE Investitionen von 4,8 Milliarden vor, um etwa Schulen zu sanieren, Investitionen in den Kommunen zu stärken, den sozialen und öffentlichen Wohnungsbau zu stärken und den ÖPNV auszubauen.“

	2023	2024	Folgejahre	Insgesamt
SUMME	987.866,6	916.216,6	955.700,0	4.859.783,2
Stärkung kommunaler Investitionen	200.000,0	200.000,0		400.000,0
Eigenkapital-Erhöhung Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW)	200.000,0			200.000,0
Gesundheitseinrichtungen klimafest machen	160.000,0	160.000,0	160.000,0	480.000,0
Krankenhausinvestitionen erhöhen	150.000,0	150.000,0		300.000,0
ÖPNV Infrastrukturförderung	100.000,0	150.000,0		250.000,0
Förderung der Studierendenwerke	40.000,0	40.000,0	120.000,0	200.000,0
sozialer Wohnungsbau	35.000,0	70.000,0	595.000,0	700.000,0
Reparierte Schule	29.170,0	57.920,0		2.000.000*
Krankenhausinvestitionen erhöhen ohne Kommunen weiter zu belasten	26.596,6	34.096,6		60.693,2
Investivlücke bei hessischen Pflegeeinrichtungen schließen	20.000,0	20.000,0		40.000,0
Hochwasserschutz	15.000,0	20.000,0		35.000,0
Landesprogramm zur Modernisierung der Klärwerke	7.000,0	7.000,0	36.000,0	50.000,0
Renaturierung von Fließgewässern (bauliche Maßnahmen)	3.000,0	3.000,0	9.000,0	15.000,0
studentisches Wohnen	2.100,0	4.200,0	35.700,0	42.000,0

*Programm ‚Reparierte Schule‘: Hier finanziert das Land Zinsen und Tilgung über den Landeshaushalt. Die Summe von zwei Milliarden Euro steht den Kommunen in vier Jahrestanchen zur Verfügung.

Finanzierung

„Zur Finanzierung all dieser Aufgaben werde man aber selbstverständlich nicht allein auf Kredite aufgrund einer Notlage zurückgreifen, so Schalauske. Vielmehr ginge es darum, dass deutlich würde, dass ein gerechtes Land nur mit einem gerechten Steuersystem möglich ist.“

Wir wollen, dass die Vermögenden und reiche Erben endlich mehr an den Kosten der Krise und des Gemeinwesens insgesamt beteiligt werden. Dementsprechend haben wir eine moderate Vermögensteuer und eine gerechte Erbschaftsteuer zur Finanzierung eingerechnet.“

Mehreinnahmen	2023	2024
SUMME	2.169.000,0	2.169.000,0
Vermögensteuer	1.500.000,0	1.500.000,0
Erbschaftsteuer	600.000,0	600.000,0
Wassercent	69.000,0	69.000,0

Neben Mehreinnahmen führten aber auch Einsparungen zu Haushaltsverbesserungen von rund 160 Millionen Euro im Doppelhaushalt. So können die Mittel für die Abschaffung des Verfassungsschutzes, den Flughafen Kassel-Calden und der Verzicht auf einen Abschiebeknast gut gebraucht werden für Integrationsmaßnahmen, den Ausbau des ÖPNV und die Einrichtung einer Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, so Schalauske.

Einsparungen	2023	2024
SUMME	79.056,8	81.631,5
<i>Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz</i>	<i>38.638,2</i>	<i>39.841,2</i>
<i>keine Mittel für Abschiebungen und "freiwillige" Ausreisen</i>	<i>11.904,3</i>	<i>11.904,3</i>
<i>Resozialisierung konsequent umsetzen</i>	<i>8.000,0</i>	<i>8.000,0</i>
<i>Kassel-Calden</i>	<i>5.695,0</i>	<i>5.555,0</i>
<i>Schließung der Abschiebehafteinrichtung (Betriebskosten)</i>	<i>5.500,0</i>	<i>5.500,0</i>
<i>HOLM</i>	<i>4.242,3</i>	<i>4.084,0</i>
<i>Verzicht auf PPP</i>	<i>2.820,0</i>	<i>2.990,0</i>
<i>Förderung von Vertriebenenverbänden beenden</i>	<i>1.057,0</i>	<i>1.057,0</i>
<i>Keine Verpflichtungsermächtigungen für den Ausbau der Videoüberwachung</i>	<i>0,0</i>	<i>1.500,0</i>
<i>Schließung der Abschiebehafteinrichtung (Personalkosten)</i>	<i>800,0</i>	<i>800,0</i>
<i>Abschaffung des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler</i>	<i>400,0</i>	<i>400,0</i>